



EFBH-Standpunkt

Vorschlag für einen Europäischen Grünen Deal und notwendige Maßnahmen für die Sektoren Bau, Holz, Möbel und Forstwirtschaft sowie Baustoffe.

Die EFBH vertritt 2.000.000 ArbeitnehmerInnen in den Sektoren Bau, Holz, Möbel, Forstwirtschaft und Baumaterialien. Diese Industrien werden, wie im Europäischen Grünen Deal vorgeschlagen, eine Schlüsselrolle beim Übergang spielen.

Der EFBH unterstützt voll und ganz die im Europäischen Grünen Deal festgelegten Ziele und begrüßt die europäischen Ambitionen, bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen. Nichtsdestotrotz müssen wir bedenken, dass eine "grünere" Gestaltung Europas viele Chancen bietet, aber auch viele Herausforderungen für unsere Sektoren mit sich bringt. Ein "grüneres" Europa sollte auch ein sozialeres Europa bedeuten. Kein Arbeitnehmer darf im Stich gelassen werden, und es muss sichergestellt werden, dass alle Arbeitnehmer und Bürger das Recht auf einen angemessenen Lohn, gute Arbeitsbedingungen und Ausbildung sowie einen angemessenen sozialen Schutz haben.

Heute sind Gebäude für 40% des Energieverbrauchs und etwa 40% der CO₂-Emissionen verantwortlich. Die jährliche Renovierungsrate des Gebäudebestands schwankt in den Mitgliedstaaten zwischen 0,4% und 1,2%. Diese Quote muss sich mindestens verdoppeln, damit die Energieeffizienz- und Klimaziele der EU erreicht werden. Gleichzeitig haben 50 Millionen Verbraucher Schwierigkeiten, ihre Wohnungen ausreichend zu heizen.¹

Holz und Wälder bieten ein riesiges Potenzial für die Kohlenstoffspeicherung. Heute machen Wälder 43% der Landmasse der EU aus. Die europäischen Wälder liefern auch den nachhaltigsten Rohstoff, und die Holzverarbeitende Industrie ist eine reiche Quelle für immer neue Anwendungen und Holzprodukte. Holz wird im Wohnungsbau, in der Infrastruktur verschiedenster Art und in vielen anderen Industriezweigen, in neuen Gesundheitstechnologien und in Kombinationen mit anderen Materialarten verwendet.

¹ [COM\(2019\) 640 final](#)

Der Europäische Grüne Deal scheint in der Tat viele Möglichkeiten für unsere Sektoren zu bieten. Andererseits müssen wir auch erkennen, dass der Europäische Grüne Deal schwerwiegende Folgen für energieintensive Industrien wie die Zementherstellung haben wird. Die EFBH ist davon überzeugt, dass es für energieintensive Industrien in Europa noch eine Zukunft gibt und wird sich weiterhin für eine nachhaltige, ehrgeizige EU-Industriepolitik einsetzen. Die Ökologisierung unserer Volkswirtschaften hängt auch stark von der Fähigkeit der Sektoren ab, Prozesse und Produkte weiter zu innovieren. In einer zunehmend globalisierten Wirtschaft wird eine stärkere Zusammenarbeit in Wissenschaft, Forschung und Innovationsprozessen zu einer Voraussetzung, um auf dem Gebiet der "grünen Technologien" ein Vorkämpfer zu bleiben oder zu werden.

Lassen Sie keinen Arbeitnehmer im Stich! Dies ist das Grundprinzip der EFBH. Und das kann nicht nur ein Slogan sein. Alle Arbeitnehmer und Bürger sollten das Recht auf einen angemessenen Lohn, gute Arbeitsbedingungen und angemessenen sozialen Schutz haben. Diese Ziele müssen Hand in Hand gehen. Um das Baugewerbe und die Baustoffindustrie, die Holz- und die Möbelindustrie erfolgreich zu dekarbonisieren und die Unterstützung der Arbeitnehmer und der Gesellschaft im Allgemeinen zu sichern, müssen Solidaritätsmechanismen geschaffen werden, die sicherstellen, dass alle Arbeitnehmer davon profitieren und, dass niemand direkt oder indirekt Opfer der europäischen Ambitionen wird.

Der Aufbau eines grünen Bausektors bedeutet auch den Aufbau einer integrativen und kohäsiven Gesellschaft. Für die EFBH ist es von wesentlicher Bedeutung, dass die Sozialpartner in die Transformation des Bausektors und der verwandten Branchen einbezogen werden. Schließlich sind es die Arbeitnehmer, die eine grüne Bauwirtschaft aufbauen!

UNSER WICHTIGSTER AUFRUF ZUM HANDELN

Um unsere Sektoren klimaneutral zu machen, brauchen wir einen ehrgeizigen EGD-Aktionsplan, der die folgenden Aktionspunkte umfasst:

- Europäische, nationale, regionale und lokale Gewerkschaften sollten bei der Gestaltung und Umsetzung der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik der EGD-Aspekte konsultiert werden, da die europäischen Umweltziele erhebliche Auswirkungen auf die Arbeitnehmer in unseren Sektoren haben werden.
- Die Gewerkschaften müssen in einen strukturierten sektoralen sozialen Dialog auf den verschiedenen Ebenen voll einbezogen werden. Dies ist von wesentlicher Bedeutung für die Festlegung einer gemeinsamen Politik, deren Umsetzung die Anwendung der Kreislaufwirtschaft gewährleistet.
- Keine Arbeitnehmer werden im Stich gelassen, mit besonderem Schwerpunkt auf gering qualifizierten Arbeitnehmern, Frauen, Migranten, jungen Menschen und älteren Arbeitnehmern. Im Zusammenhang mit einem gerechten Übergang sollten Arbeitnehmer das Recht auf Umschulung und/oder Arbeitsvermittlung für andere Arbeitsplätze oder Sektoren haben. Eine digitale und umweltbezogene Grundausbildung muss für alle Arbeitnehmer gewährleistet sein.
- Besondere Aufmerksamkeit sollte der Gesundheit und dem Sicherheitsschutz der Arbeitnehmer gewidmet werden, insbesondere im Hinblick auf neue Produktionssysteme, Toxizität, Methoden zur Verarbeitung von Ressourcen, Arbeit mit neuen (Roh-)Stoffen und Abfällen.
- Ein fairer und nachhaltiger Übergangsprozess muss gewährleistet sein. Der Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft darf nicht zu Problemen der sozialen Gerechtigkeit für die Arbeitnehmer führen, insbesondere nicht für Kleinst- und Kleinunternehmen.
- Es sollte ein finanzielles Sicherheitsnetz vorhanden sein, um gefährdete Arbeitnehmer, die vom Ausschluss vom Arbeitsmarkt bedroht sind, zu unterstützen. Diese Arbeitnehmer laufen Gefahr, ihren Arbeitsplatz zu verlieren und im Zuge des Übergangs mit Gesundheits- und Sicherheitsrisiken am Arbeitsplatz und anderen Risiken konfrontiert zu werden.
- Es sind detailliertere Angaben darüber erforderlich, wie die Gelder des Mechanismus für einen gerechten Übergang auf die verschiedenen Sektoren und Regionen verteilt werden sollen. Die Arbeitnehmer sollten nicht die Last der Finanzierung des Übergangs zu grünen und zirkulären Sektoren tragen.
- Nationale paritätische Ausbildungsfonds für unsere Sektoren sollten ausschließlich von den nationalen Sozialpartnern eingerichtet und verwaltet werden. Um eine gerechte Verteilung der Kosten zu gewährleisten, sollten alle Unternehmen einen finanziellen Beitrag zu solchen Programmen leisten. Die Finanzierung sollte der Größe eines Unternehmens entsprechen.
- Die EFBH fordert die EU auf, ihre Anstrengungen zur Beseitigung der Energiearmut zu verstärken und sicherzustellen, dass erschwingliche erneuerbare Energie für einkommensschwache Gruppen und arme Endnutzer in Gebäuden zur Verfügung steht. Die Energiearmut muss eigens durch die Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD) bekämpft werden.
- Das derzeitige System der Emissionszertifikate für energieintensive Industrien sollte überprüft werden. Die EFBH ist der Ansicht, dass das Hauptziel eines jeden Vorschlags darin bestehen sollte, dass ein Importeur auf dem EU-Markt die gleichen CO₂-Kosten zu tragen hat wie ein einheimischer Hersteller in der EU.

I. Der EGD als Instrument zur nachhaltigen Wiederbelebung der Wirtschaft nach der Corona-Krise

Die aktuelle COVID-19-Pandemie verursacht ebenfalls eine schwere Wirtschaftskrise. Sie hat Auswirkungen auf alle Bereiche der Gesellschaft. Die nationalen Regierungen und die EU-Institutionen haben bereits umfangreiche Rettungspakete und andere Finanz- und Konjunkturprogramme angekündigt, um auf kurzfristige soziale und wirtschaftliche Bedürfnisse einzugehen und zu verhindern, dass die europäische Wirtschaft in eine tiefe Rezession fällt. Die Europäische Kommission hat angekündigt, dass sie bei Fragen im Zusammenhang mit staatlichen Beihilfen sowie haushalts- und steuerpolitischen Maßnahmen einen "entspannteren" Ansatz verfolgen wird.

Die EFBH begrüßt solche Aussagen, aber es ist wichtig, dass die politischen Entscheidungsträger eine wirksame Wiederherstellungsstrategie entwickeln. Die EFBH ist davon überzeugt, dass der EGD - im Einklang mit der Verpflichtung der EU zum globalen Klimaschutz im Rahmen des Übereinkommens von Paris und zur Klimaneutralität bis 2050 - eine Gelegenheit ist, neue Wege zu beschreiten, um die Wirtschaft nachhaltig neu zu beleben und einen fairen und gerechten Übergang zu einer kohlenstofffreien EU zu gewährleisten.

II. Notwendigkeit einer umfassenden, integrativen und partizipativen Industriestrategie und eines Aktionsplans für eine Kreislaufwirtschaft für unsere Industrien

Um erfolgreich zu sein, erfordert der Europäische Grüne Deal eine dringende Neudefinition der bestehenden allgemeinen und sektoralen industriepolitischen Strategien. Der EGD braucht jedoch auch eine kohärente und konsistente langfristige Industriestrategie, die sich sowohl auf sektorübergreifende als auch auf sektorspezifische Ansätze konzentriert.

Die Umsetzung und Anwendung der EGD-Agenda in unseren Sektoren ist eine kollektive Verpflichtung, die eine breite Partnerschaft und eine langfristige Strategie mit Blick über das Jahr 2050 hinaus erfordert. Für unsere Sektoren muss eine langfristige Strategie auf Rechtssicherheit und Vorhersehbarkeit basieren. Alle Stakeholder, Unternehmen und Arbeitnehmer werden sich auf die neuen Umweltziele einstellen müssen. Dies erfordert eine gut geplante und realistische Übergangszeit.

Aus diesem Grund fordert die EFBH eine europäische Industriestrategie für unsere Sektoren mit einer starken sozialen Dimension und unter Berücksichtigung der hohen Mobilität des Bausektors, sowohl was die Unternehmen als auch was die Arbeitnehmer betrifft. Die europäische Industriestrategie muss integrativ und mit dem sektoralen sozialen Dialog verknüpft sein, in dem die Gewerkschaften eine Schlüsselrolle spielen. Sie sollte auch von verwandten Programmen wie dem "Fonds für einen gerechten Übergang" begleitet werden. Eine Industriestrategie muss sowohl auf kurz- als auch auf langfristige Herausforderungen (z.B. Technologie, Qualifikationen, regionale Entwicklungen, Infrastruktur, Mitwirkung, internationale Handelsregeln) und Lösungen eingehen und dabei die Realitäten unserer Sektoren berücksichtigen.

Die EFBH sieht eine EU-weite Wertschöpfungskette forstwirtschaftlicher Produkte und verwandter Sektoren als Motor für die Umwandlung unserer europäischen Produktionsweise in eine zirkuläre Bioökonomie. Sie beginnt mit der Aufforstung, geht dann zu den Transformationssektoren über und schließt Wissenschaft, Forschung und soziale Bedürfnisse ein. Wälder und forstwirtschaftliche Betriebe bieten traditionell Beschäftigung und hochwertige Arbeitsplätze in ländlichen und vorstädtischen Gebieten. In dieser Hinsicht und mit zunehmender Verstädterung werden Grünflächen für soziale Aspekte wie Erholung, Freizeit, Lernen oder Sport immer wichtiger. Damit erzielen sie eine positive Wirkung, ganz im Sinne der SDG 8 (menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum).

Eine europäische Industriestrategie für unsere Sektoren sollte sich in erster Linie auf klimaneutrale Technologien und Innovationen in Basistechnologien, -prozessen und -produkten konzentrieren. Dies sollte durch das Setzen von Benchmarks und die Stärkung der Fähigkeiten und beruflichen Qualifikationen der Arbeitnehmer geschehen. Eine Dimension, die nicht übersehen werden sollte, ist die Notwendigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen in unseren Sektoren angesichts des oft unfairen und zunehmend aggressiven internationalen Wettbewerbs zu gewährleisten.

Die wachsende Komplexität und Wissensbasis jedes Sektors und die Beziehungen zwischen den Sektoren (Produktentwicklung oder die Beziehungen zwischen Technologieanbietern und -nutzern, flexible und Lerntechnologien) ist ein allgemeiner Trend und eine zunehmende Realität in unseren Sektoren. Die direkte Beteiligung der Arbeitnehmer auf allen Ebenen ist notwendig, um innovativ zu bleiben. Deshalb müssen auch Regeln und Rechte für die Beteiligung verankert werden. Die Sozialpartner auf allen Ebenen sind aufgerufen, diese Regeln und Rechte zu gewähren.

Die EFBH betont, dass die Umsetzung des EGD in unseren Sektoren Auswirkungen auf die tägliche Realität vieler Arbeitnehmer haben wird: Es werden neue Fähigkeiten und Qualifikationen eingeführt, neue Arbeits- und Sicherheitsherausforderungen entstehen und die Arbeitnehmer mit neuen Praktiken der Arbeitsorganisation, Materialien und Techniken konfrontiert werden. All diese neuen Herausforderungen wirken sich unmittelbar auf die Arbeitsorganisation in unseren Sektoren aus. Es kann daher keinen Europäischen Grünen Deal ohne nationale, regionale und betriebliche Arbeitsbeziehungen zwischen Arbeitnehmern und Management geben.

Die europäische Industriestrategie steht in direktem Zusammenhang mit dem Aktionsplan der Europäischen Kommission für die Kreislaufwirtschaft. Die EFBH begrüßt dies und stellt fest, dass die Mitgliedstaaten bereits 2019 Schlussfolgerungen zur Kreislaufwirtschaft im Bauwesen (CPR) verabschiedet haben², in denen sie der Europäischen Kommission eine lange Reihe von Empfehlungen und Aufgaben zur Frage der Wiederverwendung von Bauprodukten vorgelegt haben, insbesondere zur Klärung der Bauprodukteverordnung und anderer Rechtsakte, aber auch der Kriterien für die Beendigung des Abfallstatus von wiederverwendbaren Bauprodukten. Die EFBH bedauert zutiefst, dass es auch heute noch keine gemeinsame Vision über die Terminologie bezüglich der "Wiederverwendung" und des "Recycling" der CPR gibt.

² Schlussfolgerungen des Rates über die Kreislaufwirtschaft im Bausektor, Brüssel, 8. November 2019.

Darüber hinaus gibt es noch offene Fragen zur "Qualitätskontrolle" von wiederverwendbaren Materialien. Vorläufig ist es sehr schwierig, die Qualität eines Produkts nach der Verwendung in einem Gebäude zu messen, und nach einigen Jahrzehnten ist dies noch schwieriger. Dies ist besonders wichtig für gefährliche Stoffe wie Asbest, der z.B. in Beton gebunden ist. Es muss unter allen Umständen vermieden werden, dass diese Stoffe wieder in den Wirtschaftskreislauf gelangen. Den Schlussfolgerungen des EU-Rates zufolge könnte jedoch ein riesiger Markt entstehen, der angesichts des Kohlenstoff- und ökologischen Fußabdrucks des Sektors 6,5 Millionen Arbeitsplätze schaffen und gleichzeitig zu den Klimazielen der EU beitragen könnte.

III. Gute Umsetzung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD)³ und der Renovierungswelle

Die EFBH ist der Ansicht, dass sich die EU-Politik auf ehrgeizigere Energieeffizienzstandards und bessere Förderprogramme für die energetische Sanierung von Altbauten konzentrieren sollte. Zu diesem Zweck ist eine gute Umsetzung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden wichtig für die Sanierung des europäischen Gebäudebestands. Dies würde die Energieleistung verbessern, was dazu beitragen kann, eine Reihe von Problemen wie Klimawandel, Energiesicherheit und Energiearmut anzugehen, und es würde Möglichkeiten für Wachstum und hochwertige Beschäftigung im europäischen Bausektor bieten. Gemäß den Bestimmungen der EPBD waren die Mitgliedstaaten verpflichtet, bis zum 10. März 2020 langfristige Renovierungsstrategien (LRRD) vorzulegen. Diese sollten strukturelle Informationen über die Merkmale des Gebäudebestands in jedem Land enthalten und für die Planung der Renovierungswelle nützlich sein.

a) Langfristige Renovierungsstrategien

Die Europäische Kommission sollte genau darauf achten, dass alle Mitgliedstaaten einen Fahrplan mit einem Aktionsplan ausarbeiten und umsetzen, um ihren Gebäudebestand bis 2050 energieeffizient und kohlenstoffarm zu machen. Dieser Plan sollte Meilensteine für 2030 und 2040 enthalten. Es wird geschätzt, dass nur 3% der Gebäude in Europa hochgradig energieeffizient sind, was bedeutet, dass etwa 97% des derzeitigen Gebäudebestands in Europa bis 2050 für eine Renovierung in Frage kommen.

Die Mitgliedstaaten sollten ermutigt werden, die Mindestanforderungen für die Umsetzung einer ehrgeizigen Politik zur Umgestaltung des nationalen Gebäudebestands zu übertreffen. Die EFBH misst der ordnungsgemäßen Beteiligung der nationalen Baugewerkschaften an der Umsetzung auf nationaler Ebene große Bedeutung bei. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Mitgliedstaaten Konsultationen mit Interessenvertretern organisieren, um ihre langfristigen Renovierungsstrategien vorzubereiten.

Die Europäische Kommission sollte auch sicherstellen, dass langfristige Renovierungsstrategien Politiken umfassen, die sich mit den am schlechtesten abschneidenden Gebäuden, Dilemmata über "Split Incentives" (divergierende Anreize) und Marktversagen sowie Maßnahmen zur Linderung der Energiearmut befassen. Dadurch erhalten die Gewerkschaften einen gewissen Einfluss auf die Förderung sozialer Überlegungen bei der Umsetzung der Richtlinie.

³ Die EPBD trat am 9. Juli 2018 in Kraft. Die EU-Länder müssen die neuen Elemente der Richtlinie innerhalb von 20 Monaten (bis spätestens 10. März 2020) in nationales Recht umsetzen.

Europas klimatische und soziale Ambitionen zur Verhinderung und Lösung des Risikos der Energiearmut sind sehr doppeldeutig. Die EFBH fordert, dass der Europäische Grüne Deal voll und ganz im Einklang mit der UN-Agenda für 2030 und ihren Zielen für eine nachhaltige Entwicklung (SDG) steht. Um kohärent zu sein, muss Europa die Verpflichtung eingehen, die Energiearmut vollständig zu beseitigen. Dies steht im Einklang mit den Zielen von SDG 1 (keine Armut) und SDG 7 (bezahlbare und saubere Energie). Die EFBH fordert die EU auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, um sicherzustellen, dass bezahlbare, erneuerbare Energie für einkommensschwache Gruppen und arme Endnutzer in Gebäuden zur Verfügung steht. Zu diesem Zweck müssen wir die Richtlinie 2009/72 (Artikel 3.8) besser koordinieren und durchsetzen und sicherstellen, dass in der grünen Übergangsphase wirklich niemand zurückbleibt. Die EFBH betont, dass Energiearmut im Rahmen der EPBD gezielt angegangen werden sollte.

Langfristige Renovierungsstrategien sollten auch Gesundheit, Sicherheit und Luftqualität in Gebäuden berücksichtigen. Dies hat den Vorteil, dass es die Einführung einer ganzheitlichen Sanierungspolitik ermöglicht, die eine energetische Sanierung mit der Entfernung von Asbest und anderen Schadstoffen kombiniert. Die Europäische Kommission muss sicherstellen, dass alle Mitgliedstaaten ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung stellen und, dass die EU-Mittel effizient und ganzheitlich eingesetzt werden.

b) Renovierungspass

Der individuelle Gebäudesanierungspass ist ein neues Instrument, das Informationen über das Energieeinsparpotenzial eines Gebäudes liefert und den Weg beschreibt, der eingeschlagen werden muss, um diese Einsparungen zu erreichen. Es ist als Ergänzung zu den Ausweisen über die Gesamtenergieeffizienz konzipiert. Ein solcher Pass würde systematische langfristige Maßnahmen zur Renovierung auf der Grundlage von Energieaudits für ein bestimmtes Gebäude aufzeigen. Als digitales Instrument wird es bei der Entwicklung von Building Information Modelling (BIM, Gebäudedatenmodellierung) eingesetzt und hat das Potenzial, allen an einem Bauprojekt beteiligten Parteien Zugang zu gewähren und so Informationslücken zu verringern.

Nach Ansicht der EFBH bietet der Renovierungspass auch die Möglichkeit, Schadstoffe in Gebäuden als präventives Instrument des Arbeitsschutzes zu registrieren. Er könnte dazu verwendet werden, schädliche Substanzen zu erfassen, wenn sie identifiziert wurden, und die beim Bau und bei der Renovierung eines Gebäudes verwendeten Materialien zu katalogisieren, um die Beseitigung "künftiger Schuldiger" zu erleichtern, die noch nicht als gefährlich identifiziert wurden.

Die Europäische Kommission (BPIE⁴) führt derzeit eine Machbarkeitsstudie für die Einführung eines Renovierungspasses durch. Die EFBH ist der Meinung, dass es sich um ein obligatorisches System handeln sollte, das unerlässlich ist, um kosteneffiziente, gründliche Renovierungen auf der Grundlage von Qualitätskriterien anzuregen. Die EFBH fordert die Europäische Kommission auf, hohe verbindliche Qualitätsanforderungen für den Renovierungspass festzulegen.

⁴ Building Performance Institute Europe

c) EU-Emissionshandelssystem

Die EFBH geht nicht davon aus, dass die Einbeziehung des Bausektors, insbesondere der Heizung und/oder Kühlung, die Emissionen im Bausektor erheblich reduzieren würde. Der Heiz-/Kühlsektor zeichnet sich durch eine geringe Preiselastizität der Nachfrage aus, was bedeutet, dass ein Anstieg des Heizölpreises nur begrenzte Auswirkungen auf die Nachfrage hat. Darüber hinaus gibt es viele andere Hindernisse, die der Annahme von Maßnahmen zur Emissionsreduzierung entgegenstehen, selbst wenn diese langfristig zu Kosteneinsparungen führen würden. Als Alternativlösung schlägt die EFBH vor, eine verbindliche Zielvorgabe aufzunehmen, wonach mindestens 50% der öffentlichen Beschaffungsverfahren für Bauvorhaben umweltverträglich sein müssen. Unserer Ansicht nach bieten die Richtlinien über das öffentliche Auftragswesen die Möglichkeit, das öffentliche Auftragswesen besser auf die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Ziele der EU abzustimmen. Der Europäische Grüne Deal sollte daher die Verbindung zwischen ökologischen und sozialen Zielen im öffentlichen Beschaffungswesen stärken. Die EFBH schlägt eine einheitliche europäische "grüne Produktregulierung" bei öffentlichen Vergaben vor.

IV. Realistische und angemessene Mittel zur Finanzierung des EGD und zur Förderung von Investitionen in Infrastruktur und sozialen und bezahlbaren Wohnraum

Die derzeitigen Haushaltsregeln der EU behindern große öffentliche Investitionsprogramme sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene.

Die EFBH begrüßt die Entscheidung der Europäischen Kommission, einen "entspannteren" Ansatz bei Fragen im Zusammenhang mit staatlichen Beihilfen sowie haushalts- und steuerpolitischen Maßnahmen zu verfolgen. Für die Gesundung der Wirtschaft brauchen wir einen robusten EU-Haushalt, um die ehrgeizigen EGD-Aktionen umzusetzen. Die Umsetzung des Europäischen Grünen Deals wird somit eine Neudefinition der Haushalts- und Geldpolitik auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene erzwingen. Es müssen ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung stehen.

Das Hauptziel des mit 100 Millionen Euro ausgestatteten Mechanismus für einen fairen Übergang besteht darin, sich auf die vom Übergang am stärksten betroffenen Sektoren und Regionen zu konzentrieren. Es sind weitere Angaben darüber erforderlich, wie das Geld auf die verschiedenen Sektoren verteilt werden soll. Ein entscheidender Faktor für die EFBH ist, dass die Arbeitnehmer nicht die Last der Finanzierung des Übergangs zu einer grünen und kreisförmigen Industrie tragen müssen.

Für die EFBH muss ein umfassender Investitionsplan vereinbart werden. Bei der Entwicklung dieser Investitionspläne kommt den öffentlichen Behörden eine wichtige Rolle zu, nicht nur bei der Finanzierung, sondern auch bei der Koordinierung und Umsetzung der Politik. Öffentliche Investitionen werden auch dazu beitragen, private Finanzmittel zu mobilisieren.

Der Mehrjahreshaushalt der EU wird eine wichtige Rolle bei der Verwirklichung dieser Ambitionen spielen. Die EFBH begrüßt den Vorschlag der Kommission, ein 25%-Ziel⁵ für den Klimaschutz in alle EU-Programme aufzunehmen.

Als EFBH glauben wir, dass grüne Anleihen und spezielle Bonitätsbewertungen für grüne Projekte dazu beitragen können, Investitionen in Infrastruktur und Gebäude zu fördern. Die Climate Bond Initiative schätzt, dass es noch immer ein beträchtliches Wachstumspotenzial gibt. Die EFBH befürwortet nachdrücklich steuerliche und finanzielle Anreize, um die Zahl der grünen Anleihen zu erhöhen, vorausgesetzt, sie werden ausgegeben und funktionieren auf transparente Weise. Um den Markt für grüne Anleihen weiter zu regulieren, schlägt die EFBH verbindliche Standards und klare Kriterien für Anlagethemen vor. Ein kosteneffizienter Überwachungsmechanismus ist ebenfalls erforderlich, um sicherzustellen, dass die Emittenten grüner Anleihen die Kriterien und Standards einhalten.

Für die EFBH ist es von entscheidender Bedeutung, dass Investitionen zur Verfügung gestellt werden, um die Bedürfnisse der Arbeitnehmer im Hinblick auf den grünen digitalen Übergang zu erfüllen, da viele Arbeitnehmer in unseren Sektoren noch immer keine digitalen Fertigkeiten besitzen. Dies könnte zu Arbeitsplatzverlusten, Gesundheits- und Sicherheitsrisiken am Arbeitsplatz und anderen mit dem Übergang verbundenen Risiken führen. Die EFBH fordert die Verfügbarkeit eines finanziellen Sicherheitsnetzes zur Unterstützung gefährdeter Arbeitnehmer, die vom Ausschluss aus dem Arbeitsmarkt bedroht sind.

Die EFBH begrüßt auch die Zuweisung von 20% der Einnahmen aus der Versteigerung von Zertifikaten im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems an den EU-Haushalt. Bei der Überprüfung des EU-Emissionshandelssystems sollte auch erwogen werden, zusätzliche Einnahmen aus Emissionszertifikaten dem EU-Haushalt zuzuweisen, um die Finanzierung des fairen Übergangs zu stärken. Darüber hinaus begrüßt die EFBH auch das Bestreben, die Klimaziele der Europäischen Investitionsbank bis 2025 von 25% auf 50% zu verdoppeln.

Die Umsetzung eines strategischen Investitionsplans für unsere Sektoren und das Ergreifen neuer Chancen erfordert eine klare und vorhersehbare langfristige Investitionsstrategie und -planung. Die EFBH betont, dass nur realistische Investitionsstrategien zu positiven Ergebnissen führen. Unsere Sektoren haben spezifische Bedürfnisse, und deshalb fordert die EFBH die EU auf, einen maßgeschneiderten nachhaltigen europäischen Investitionsplan zu entwickeln.

Die EFBH fordert die Europäische Kommission auf, eng mit allen Mitgliedsstaaten zusammenzuarbeiten, um nationale grüne Finanzpraktiken zu fördern, nationale grüne Finanzpraktiken zu benchmarken und eine Strategie für eine grüne Finanzpolitik einzuführen.

⁵ https://ec.europa.eu/clima/policies/budget/mainstreaming_de

Die EFBH stellt fest, dass Vorschläge für den neuen Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) 2021-2027 "ein grüneres, kohlenstoffarmes Europa" als eines der horizontalen Ziele ansprechen und zur Erreichung eines Gesamtziels von 25% der EU-Haushaltsausgaben zur Unterstützung der Klimaschutzziele beitragen sollten. Der ESF+, ein sozialpolitisches Instrument, dessen Mittel entsprechend den regionalen und sektorspezifischen Bedürfnissen zur Verfügung stehen sollten, kann zu einem gerechten Übergang für Arbeitnehmer beitragen, indem er die Verbesserung der allgemeinen und beruflichen Bildung finanziert, die für die Anpassung von Fähigkeiten und Qualifikationen, die Weiterqualifizierung von Arbeitnehmern und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in grünen Sektoren erforderlich ist. Um seine Ziele zu erreichen, sollte der ESF+ so bald wie möglich zur Verfügung stehen. Seine Ressourcen sollten erheblich aufgestockt werden. Sonst wird er nicht nachhaltig zu einem gerechten Übergang für die Bürger und Arbeitnehmer zu einer sozialen und grünen Wirtschaft im europäischen Maßstab beitragen.

Die EFBH ist der Ansicht, dass ausreichende finanzielle Mittel Investitionen in die Infrastruktur und den sozialen Wohnungsbau fördern werden. Um die ehrgeizigen EGD-Ziele zu erreichen, muss die Hauptinfrastruktur modernisiert werden. Infrastruktur, die uns helfen wird, eine Transformation der Mobilitätsformen zu erreichen, z.B. den Transport von mehr Gütern auf See und Binnenwasserstraßen, auf der Schiene usw. Aber auch die Hochgeschwindigkeits-Eisenbahnverbindungen zwischen großen Städten in der EU müssen verbessert werden. Um die Ziele für erneuerbare Energien und den Energietransport zu den Verbrauchern zu erreichen, ist es auch wichtig, leistungsfähige Strom- und Energienetze für den Transport erneuerbarer Energien innerhalb und zwischen den EU-Mitgliedstaaten aufzubauen. In den letzten zehn Jahren haben viele Mitgliedstaaten die Instandhaltung ihrer kritischen Infrastrukturen vernachlässigt. Im Rahmen des gegenwärtigen Stabilitäts- und Wachstumspakts sind viele Mitgliedstaaten verpflichtet, Defizite und öffentliche Schulden abzubauen, was zu Unterinvestitionen und einer Verschlechterung unserer veralteten Infrastruktur geführt hat. Die EFBH verlangt von der EU, den Mitgliedstaaten einen haushaltspolitischen Spielraum für den Bau und die Modernisierung bestehender Infrastruktur zu gewähren, um die Nachfrage nach mehr sozialer und umweltfreundlicher Infrastruktur zu befriedigen.

Der allgemeine Mangel an **sozialem und erschwinglichem Wohnraum** für Geringverdiener und andere Einkommensgruppen ist ein strukturelles Problem innerhalb der EU. Heute können sich viele schutzbedürftige Menschen auf dem privaten Wohnungsmarkt kein anständiges Zuhause leisten. Der Bedarf an bezahlbarem und sozialem Wohnraum ist eine ökologische und soziale Herausforderung. Die EFBH erkennt an, dass das Konzept des sozialen Wohnungsbaus in den meisten Ländern der MOE-Region nicht existiert. Der chronische Wohnungsmangel betrifft uns alle auf die eine oder andere Weise. Abgesehen von den menschlichen Auswirkungen führt unsere Wohnungskrise zu einem erheblichen Anstieg der Sozialkosten. Die EFBH betont, dass die Förderung des Baus, der Erhaltung, der Instandhaltung und der Renovierung von Sozialwohnungen und erschwinglichem Wohnraum die Beschäftigung im Bausektor erheblich ankurbeln würde.

Obwohl die Schaffung und Entwicklung von sozialem und erschwinglichem Wohnraum in die nationale Zuständigkeit fallen, spielt der EU-Rechtsrahmen eine wichtige Rolle. Die EFBH fordert die europäischen Institutionen und Gesetzgeber auf, ein großes Netzwerk aufzubauen, um eine deutliche Steigerung der Investitionen und einen angemessenen Rechtsrahmen zu fördern, der den Bau von sozialem und erschwinglichem Wohnraum in den EU-Mitgliedstaaten anregt und erleichtert. Um die entsprechende Zahl

zu erhöhen, fordert die EFBH auch, dass die EU im Rahmen des Europäischen **Stabilitäts- und Wachstumspakts** über eine gezielte Haushaltsmarge verfügt.

Darüber hinaus fordert die EFBH die Europäische Kommission auf, den Mitgliedstaaten mehr Flexibilität bei der Anwendung des EU-Rechtsrahmens für die Kontrolle staatlicher Beihilfen und des sozialen Wohnungsbaus einzuräumen. Gemäß der europäischen Säule der sozialen Rechte sollte bei der Beurteilung der Frage, ob die Regeln für staatliche Beihilfen das richtige Gleichgewicht zwischen der Aufrechterhaltung gleicher Wettbewerbsbedingungen im EU-Binnenmarkt finden, sozialen Fragen mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Zum Schluss fordert die EFBH eine umfassendere Bewertung der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse bei der Beurteilung der Anwendung der Regeln für staatliche Beihilfen.

Die EFBH betont, dass das Streben nach mehr sozialem und bezahlbarem Wohnraum und Wohnungen auch eine Antwort auf die langfristigen demografischen und arbeitsmarktpolitischen Veränderungen darstellt, die in den kommenden Jahrzehnten erwartet werden.

V. Kein Grüner Deal ohne sozialen Dialog und Beteiligung

Um einen Europäischen Grünen Deal und einen gerechten Übergang zu erreichen, muss die europäische Säule der sozialen Rechte vollständig umgesetzt werden. Das 8. Prinzip der Säule bezieht sich auf den sozialen Dialog und die Arbeitnehmerbeteiligung.

Da die europäischen Umweltziele einen großen Einfluss auf die Arbeitnehmer in unseren Sektoren haben werden, sollten die europäischen, nationalen, regionalen und lokalen Gewerkschaften bei der Gestaltung und Umsetzung der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik des EGD konsultiert werden.

Wir sind Zeugen der Aushöhlung des sozialen Dialogs. In den letzten zehn Jahren haben mehrere Mitgliedstaaten den sektoralen nationalen und betrieblichen Sozialdialog in unseren Sektoren abgebaut oder ausgehöhlt. Um sicherzustellen, dass die europäischen Ambitionen auf Unternehmensebene verwirklicht werden, müssen die Sozialpartner in unseren Sektoren in der Lage sein, frei zu verhandeln und Tarifverträge über Fragen abzuschließen, die für sie von Interesse sind, wobei ihre Autonomie und das Recht auf kollektive Maßnahmen zu respektieren sind.

Die EFBH fordert die Europäische Kommission nachdrücklich auf, die einzigartige Gelegenheit zu nutzen, die der EGD bietet, um die Kapazitäten der Sozialpartner zu stärken und ein wirksames System des sozialen Dialogs in unseren Sektoren einzurichten. Der Übergang unserer Sektoren zu zirkulären und biobasierten Betriebszweigen wird nur dann gelingen, wenn die direkte Beteiligung der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz in allen Unternehmensformen verankert ist und von Leitlinien, Rechten und Verfahren begleitet wird, die vorzugsweise in Tarifverträgen verankert sind. Um diesen Prozess zu unterstützen, wird die EFBH den sozialen Dialog auf allen Ebenen fördern und unterstützen.

VI. Fairer und gerechter Übergang

Die EFBH ist der Ansicht, dass ein gerechter Übergang für den Erfolg des Europäischen Grünen Deals unerlässlich ist, aber er erfordert einen umfassenden Ansatz, der alle Sektoren einbezieht. Heute konzentriert er sich nur noch auf eine begrenzte Anzahl von Sektoren und Regionen.

Ein fairer und gerechter ökologischer Übergang bedeutet, dass die Last des Wandels von allen geteilt wird, dass die Vorteile von allen geteilt werden, dass diejenigen, die dem Wandel am stärksten ausgesetzt sind, geschützt werden und, dass alle Bedingungen erfüllt sind, um einen sozial verantwortlichen ökologischen Übergang zu gewährleisten. Zu diesem Zweck fordert die EFBH, dass die Zementindustrie in den Plänen der Europäischen Kommission ausdrücklich als risikoreiche Energieindustrie erwähnt wird und, dass ein sektorspezifisches Programm aufgelegt wird, das die Umstellung des Sektors auf Kohlenstoffneutralität begleitet. Deshalb fordert die EFBH, dass eine hochrangige Konferenz mit Vertretern der Gewerkschaften, der Industrie und der Regierungen organisiert wird. Arbeitnehmer und Arbeitnehmervertreter müssen sich in dieser Debatte Gehör verschaffen.

Gemeinsam mit den sektoralen Sozialpartnern und den öffentlichen Behörden muss ein gerechter Übergang gezielt und strukturiert organisiert werden. Die EFBH unterstützt die Entwicklung von gerechten Übergangsplänen auf EU-, nationaler und regionaler Ebene von Anfang bis Ende und sogar nach jedem gerechten Übergangsprogramm. Die Arbeitnehmervertreter müssen auf allen Ebenen und in allen Phasen der Übergangsphase (berufliche Aus- und Weiterbildung, Tarifverhandlungen und Durchführung von Maßnahmen) einbezogen werden, und die Übergangsmaßnahmen müssen auf der Grundlage eines Systems der "finanziellen Solidarität" organisiert werden.

Die EFBH drängt darauf, dass kein Arbeitnehmer im Stich gelassen werden darf, mit besonderem Schwerpunkt auf gering qualifizierten Arbeitnehmern, Frauen, Migranten, jungen Menschen und älteren Arbeitnehmern. Auch lebenslanges Lernen ist ein Recht eines Arbeitnehmers, das auf die Stärkung der beruflichen Fähigkeiten und Qualifikationen abzielt. Diese beruflichen Fähigkeiten und Qualifikationen sollten anerkannt und für bestimmte Tätigkeiten vorgeschrieben werden. Insbesondere im Kontext eines gerechten Übergangs sollten die Arbeitnehmer das Recht auf Umschulung und/oder Arbeitsvermittlung für andere Arbeitsplätze oder Sektoren haben, und es sollte eine digitale und umweltbezogene Grundausbildung für alle Arbeitnehmer gewährleistet sein.

Bei diesem Übergang sollten auch neue Gesundheits- und Sicherheitsrisiken am Arbeitsplatz, wie psychosoziale Gefahren, die Auswirkungen neuer Technologien auf den Arbeitsplatz und Gefahrstoffe, berücksichtigt werden.

VII. Fortbildung, Umschulung und neue Formen der Arbeitsorganisation im Hinblick auf Digitalisierung, Kreislaufwirtschaft und Energieeffizienz

Der Übergang zu einer nachhaltigen, kohlenstoffneutralen und ressourceneffizienten Industrie wird einen großen Einfluss auf den Qualifikationsbedarf haben. Es besteht ein dringender Bedarf an grundlegenden Veränderungen in unseren Berufs-, Bildungs- und Ausbildungssystemen. Wir müssen mehr in das Humankapital investieren (Bildung, Ausbildung, lebenslanges Lernen) und alle derzeitigen und künftigen Arbeitnehmer in unseren Sektoren mit den notwendigen Fähigkeiten in grünen und digitalen Technologien ausstatten. Diese Veränderungen bringen Chancen, aber auch Risiken mit sich. Niemanden im Stich zu lassen bedeutet, dass einige Arbeitnehmer, die weiter zurückbleiben, echte Chancen brauchen und gut vorbereitet sind, um mit den Risiken umzugehen. Dies erfordert eine aktive Berufsbildungspolitik. Die EFBH betont, dass die schwächsten Arbeitnehmer, insbesondere die gering qualifizierten, besondere Aufmerksamkeit verdienen.

Eine wichtige Aufgabe für die Sozialpartner auf sektoraler aber auch auf Unternehmensebene ist die Gestaltung neuer Arbeitsmuster und Arbeitsorganisationssysteme. Die Digitalisierung ist ein weiteres Element, das es ermöglicht, traditionelle Formen der Arbeitsteilung, wie z.B. eine strikte Arbeitsteilung oder die Verteilung von Planung und Ausführung, abzuschaffen. Der Digitalisierungsprozess erfordert also nicht nur neue Fähigkeiten, sondern ermöglicht es den Sozialpartnern auch, über fortschrittliche Formen der Arbeitsorganisation und die damit verbundene Notwendigkeit, die Lehrpläne für die betreffenden Berufe zu ändern, nachzudenken.

Unsere Sektoren haben unterschiedliche Bedürfnisse. Um die Ziele des Europäischen Grünen Deals für den Bausektor zu erreichen, müssen wir daher dringend die Zahl der qualifizierten Fachkräfte erhöhen, indem wir gezielte nationale Qualifikationsplattformen und Roadmaps entwickeln und Schulungen zu Energieeffizienz und erneuerbaren Energien in Gebäuden anbieten.

Der zukünftige Erfolg der europäischen Waldbewirtschaftung hängt stark von der Fortbildung der Arbeitnehmer, einer koordinierten Wissenschaft und einer Steigerung der Effektivität der Waldbewirtschaftung unter Berücksichtigung der verschiedenen Stakeholder und ihrer Interessen ab. Die Sozialpartner sind eingeladen, ihre Rolle bei der Entwicklung von Lehrplänen und der Förderung von Ausbildung und qualitativ hochwertiger beruflicher Bildung und formaler Strukturen für Arbeitnehmer und Auszubildende (Praktikanten) zu spielen.

Nach Ansicht der EFBH gibt es eine Möglichkeit, die Zahl der hochwertigen Auszubildenden oder Praktikanten in allen unseren Sektoren zu erhöhen, die von älteren erfahrenen Arbeitnehmern durch ein Mentorensystem Anleitung und Schulung erhalten könnten. Durch Lehrstellen können Arbeitgeber ihre Belegschaft ausbilden, Lernende können sich neue Karrieren eröffnen und Sozialleistungen sind ein fantastischer Hebel für soziale Mobilität. Daher sollte die Umsetzung des "Europäischen Rahmens für eine hochwertige und nachhaltige

Lehrlingsausbildung" in den Aktionsplan für den Bausektor⁶ integriert werden. Für den Möbelsektor haben die Sozialpartner einen weiteren Schritt zur Einführung europäischer Grundqualifikationen unternommen, ein weiteres Element, um qualitativ hochwertige Lehrstellen zu gewährleisten und die Mobilität der Arbeitnehmer zu erleichtern, ohne die Standards in anderen Mitgliedstaaten zu untergraben.

Die Automatisierung und Digitalisierung, die mit der Ökologisierung unserer Wirtschaft einhergeht, werden sich auf alle Arbeitnehmer auswirken. Zu diesem Zweck verlangt die EFBH, dass alle Arbeitnehmer in der Bau-, Holz- und Möbelbranche eine Grundausbildung in Automatisierung und Digitalisierung erhalten.

Da die meisten Arbeitnehmer in unseren Sektoren in Kleinst- und mittleren Unternehmen beschäftigt sind, die nur über begrenzte Ausbildungskapazitäten und finanzielle Mittel verfügen, um ihre Arbeitnehmer angemessen auszubilden, sollten alle Mitgliedstaaten zugängliche Ausbildungsprogramme für alle Arbeitnehmer organisieren. Aus diesem Grund befürwortet die EFBH nachdrücklich die Schaffung nationaler paritätischer Ausbildungsfonds für unsere Sektoren, die ausschließlich von den nationalen Sozialpartnern eingerichtet und verwaltet werden sollen. Um eine gerechte Verteilung der Kosten zu gewährleisten, sollten alle Unternehmen einen finanziellen Beitrag zu solchen Programmen leisten. Die Finanzierung sollte der Betriebsgröße eines Unternehmens (z.B. Umsatz) entsprechen.

Die Ökologisierung unserer Sektoren erfordert sehr spezifische Qualifikationen und Fähigkeiten, die reguliert werden müssen. Im Rahmen des derzeitigen Wettbewerbsmodells für den Binnenmarkt kann die EFBH einen unregulierten Wettbewerb zwischen qualifizierten Fachkräften und solchen, die nicht über diese Fähigkeiten/Qualifikationen verfügen, nicht akzeptieren. Diese Herausforderung ist besonders wichtig im Bausektor, wo die Arbeitnehmer sehr mobil sind und Sozialbetrug keine Seltenheit ist. Wenn wir bestimmte Fähigkeiten und Qualifikationen nicht schützen, werden wir mit sozialen Unruhen und enormen Wettbewerbsverzerrungen konfrontiert.

Die sich aufgrund des technologischen und ökologischen Wandels verändernde Natur der Arbeit wird die Frage der neuen Fähigkeiten und Qualifikationen und des Rechts aller Arbeitnehmer auf ein angemessenes Einkommen bzw. einen angemessenen Schutz zu einer wichtigen Debatte für die kommenden Jahrzehnte machen, wobei die Sozialpartner unserer Sektoren die Führung übernehmen werden.

VIII. Eine Gelegenheit, die Attraktivität unserer Sektoren zu erhöhen

Trotz vieler positiver Maßnahmen scheinen unsere Sektoren kein positives Image zu haben. Diese negative Wahrnehmung muss nicht sein und kann angegangen werden. Die Umsetzung des EGD in unseren Sektoren bietet enorme Möglichkeiten, dieses Image zu verbessern. Die Veränderungen in der Nachfrage, die sich aus der "Ökologisierung" der Wirtschaft und der Beschäftigung ergeben, stellen einerseits eine wichtige Chance für die Arbeitnehmer in unseren Sektoren in Bezug auf die Tätigkeit und die Schaffung neuer Arbeitsplätze dar, andererseits werden sie sich aber auch auf die Arbeitsorganisation, die Arbeitsbedingungen und die Gesundheitsschutz- und Sicherheitsbedingungen usw. auswirken.

⁶ Empfehlung des Rates vom 15. März 2018 für einen europäischen Rahmen für eine hochwertige und nachhaltige Lehrlingsausbildung, [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32018H0502\(01\)&from=EN](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32018H0502(01)&from=EN)

Die Schaffung von mehr hochwertigen Arbeitsplätzen, die zu einer kohlenstoffneutralen Gesellschaft zur Bekämpfung des Klimawandels beitragen, könnte ein positiveres Bild unserer Sektoren vermitteln.

a) Mehr Gleichstellung der Geschlechter

Gegenwärtig machen Arbeitnehmerinnen etwa 10% aller Arbeitskräfte im Bausektor und etwa 30% in der Holz- und Möbelbranche aus. Die Ökologisierung und Digitalisierung unserer Sektoren können große berufliche Chancen bieten. Die Entwicklung neuer attraktiver Berufe könnte die Zahl der weiblichen Beschäftigten in unseren Sektoren erhöhen. Dies erfordert eine Umgestaltung des Bauwesens, sowohl in geistiger Hinsicht als auch in der spezifischen Organisation der Arbeit auf den Baustellen und in den Unternehmen, wobei die spezifischen Bedürfnisse der Arbeitnehmerinnen zu berücksichtigen und darauf zu reagieren sind.

Ein weiteres wichtiges Element, um unsere Branchen für weibliche Arbeitnehmer attraktiver zu machen, ist die Entwicklung von Arbeitsvereinbarungen, die eine bessere Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben ermöglichen. Dies ist für männliche und insbesondere junge Arbeitnehmer gleichermaßen wichtig.

b) Erhöhung der Anzahl und Qualität von Lehrstellen

Die Entwicklung einer qualitativ hochwertigen Berufsausbildung, insbesondere der "dualen Ausbildung", die Ausbildung am Arbeitsplatz, in Ausbildungszentren und in Schulen kombiniert, ist ein wichtiges Mittel zur Erleichterung des Klimawandels in unseren Industrien. Unter Berücksichtigung des Bedarfs an qualifizierten Fachkräften sollte der EGD auch die Möglichkeit nutzen, die Qualität der Auszubildenden in den Sektoren Bau, Holz und Möbel zu erhöhen und zu verbessern.

c) Gewährleistung gleicher Wettbewerbsbedingungen für Wanderarbeitnehmer

Der Bausektor ist einer der mobilsten Sektoren in der EU, in dem Arbeitnehmer und Unternehmen von einem Land in ein anderes ziehen, während in den meisten Sektoren Produkte in der Regel in der gesamten EU zirkulieren.

Die EFBH ist und bleibt der Gleichbehandlung aller Arbeitnehmer stark verpflichtet. Die Umsetzung und Anwendung des EGD im Bausektor wird zweifelsohne Auswirkungen auf die "Herausforderungen der grenzüberschreitenden Mobilität im Bausektor" haben. Um gleiche Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten, müssen alle Arbeitnehmer und Unternehmen die gleichen Qualitätsstandards einhalten.

Der EGD sollte sich auch mit den Herausforderungen im Zusammenhang mit grenzüberschreitendem Sozialbetrug und mit der Entsendung von Arbeitnehmern, Scheinselbständigen, illegalen Geschäftsmodellen, Briefkastenfirmen und falschen Arbeitsvermittlern befassen, die zur Umgehung der mit der Anwendung des EGD im Bausektor verbundenen Arbeitskosten genutzt werden können.

IX. Förderung der Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer und Beseitigung von allem Asbest

Die sichere Entsorgung des gesamten in der EU vorhandenen Asbests steht in direktem Zusammenhang mit einigen der Eckpfeiler des EGD und einem gerechten Übergang. Überlegungen zum Arbeitsschutz sollten daher in alle Maßnahmen integriert werden.

Der "Europäische Plan zur Krebsbekämpfung" ist eine ausgezeichnete Initiative und eine Gelegenheit, den Kampf gegen den berufsbedingten Krebs in alle Bereiche zu integrieren. Asbest ist nach wie vor die Hauptursache für berufsbedingte Krebserkrankung. Die Arbeitnehmer müssen in allen EU-Ländern gleich geschützt werden, denn krebsbedingtes Leiden ist überall gleich.

Eine "Renovierungswelle" im Bausektor wird es unausweichlich machen, dass eine beträchtliche Anzahl von Arbeitern und Bewohnern mit Asbestfasern in Kontakt kommen wird. Die geordnete und sichere Entfernung von Asbestabfällen aus Gebäuden wird von größter Bedeutung für die Strategie der Kreislaufwirtschaft und die Abfallreform sein. Die Komplexität der in Gebäuden verwendeten asbesthaltigen Materialien macht es sehr wichtig, diese Stoffe strategisch zu identifizieren. Eine klare Identifizierung und ein transparentes und öffentlich zugängliches Register von Asbest in Gebäuden könnte dazu beitragen, dass diese Materialien nicht wieder verwendet werden. Wir schlagen einen europäischen Ansatz zur Einrichtung umfassender und zugänglicher Asbestregister in allen EU-Ländern vor. Darauf haben das Europäische Parlament und der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss bereits hingewiesen. Polens nationales digitales Asbestregister kann in dieser Hinsicht als Beispiel für bewährte Praktiken dienen. Nachhaltige Investitionen in die Renovierung von Gebäuden sollten auch die Unterstützung von Hauseigentümern bei der Asbestsanierung umfassen, da dies mit erheblichen Kosten verbunden ist. Darüber hinaus werden diese Kosten häufig durch illegale Arbeit mit und Entfernung von asbesthaltigen Materialien umgangen.

Die Richtlinie 2009/148/EG über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Asbest am Arbeitsplatz ist ein sehr wichtiger Rechtsakt, der EU-Mindeststandards für den Schutz der Arbeitnehmer vor der tödlichen Gefahr durch Asbestfasern festlegt. Im Zusammenhang mit den oben genannten EU-Initiativen ist es an der Zeit, die Kernbestimmungen der Richtlinie zu überprüfen, um zu beurteilen, ob sie noch ausreichen, um asbestbedingte Krankheiten strikt zu verhindern.

X. Die Zukunft der Baustoffe

Die Erhöhung des Renovierungstempos wird mehrere positive Auswirkungen auf die Beschäftigung und das Wirtschaftswachstum im Bau- und Baustoffsektor haben. Darüber hinaus wird die verbesserte Energiebilanz des europäischen Gebäudebestands die CO₂-Emissionen verringern. Regierungen, Industrie, Gewerkschaften und andere Stakeholder haben jedoch auch die Verantwortung, sich für die Reduzierung der CO₂-Emissionen bei der Herstellung von Baumaterialien einzusetzen und die Sicherheit und Nachhaltigkeit dieser Produkte zu gewährleisten. Der schiere Umfang der Investitionen und Aktivitäten im Bauwesen bis 2050 wirft die Frage auf, welche Stoffe verwendet werden sollten. Wie werden sie hergestellt? Und wie werden sie am Ende ihres Lebenszyklus wiederverwertet?

Die EFBH fordert die Europäische Kommission auf, diesen Fragen besondere Aufmerksamkeit zu widmen, um sicherzustellen, dass die Vorteile eines ehrgeizigen EGD im Bausektor nicht durch unbeabsichtigte Nebenwirkungen aufgewogen werden. Die Sicherheit von Arbeitnehmern und Verbrauchern und die Nachhaltigkeit von Bauprodukten sollten zentrale Anliegen sein.

Die EFBH ist der Ansicht, dass das derzeitige System der Emissionszertifikate für energieintensive Sektoren überprüft werden sollte. Die EFBH fordert die Entwicklung eines spezifischen Aktionsplans, um energieintensive Sektoren zu Innovationen und einer ehrgeizigen Reduzierung ihres Kohlenstoff-Fußabdrucks anzuregen, um die Zukunft dieser Sektoren in der EU zu sichern. Um zu verhindern, dass Rohstoffe, Halbfertigprodukte (wie z.B. Klinker in der Zementindustrie) und/oder Baustoffe außerhalb der EU produziert und in die EU importiert werden, um die höheren Umwelt- und Sozialstandards der EU zu umgehen, brauchen wir ein effizienteres Instrument zur Bekämpfung der Verlagerung von CO₂-Emissionen. Die Einführung eines Mechanismus zur Anpassung der Kohlenstoffgrenzen wird entscheidend sein, um die Ziele und Ambitionen des EGD zu schützen und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit des Baugewerbes und verwandter Sektoren zu sichern und die Beschäftigung zu schützen. Sie wird auch den Anreiz für Unternehmen beseitigen, ihren Standort zu verlagern und die Kohlenstoffsteuer zu umgehen. Die EFBH begrüßt die Debatte über Kohlenstoff-Grenzmechanismen als eine einzigartige Gelegenheit, gleiche Wettbewerbsbedingungen zwischen der EU und ihren Partnern in Bezug auf die Kosten von Kohlenstoff zu schaffen. Wenn er gut konzipiert ist, könnte ein Mechanismus zur Anpassung der Kohlenstoffgrenzen die gleichen Wettbewerbsbedingungen schaffen, die der Sektor benötigt, um kohlenstoffarme Investitionen zu tätigen und entlang der Wertschöpfungskette zur Kohlenstoffneutralität zu gelangen. Dieser wäre für den Erfolg des Europäischen Grünen Deals von entscheidender Bedeutung. Er könnte auch Drittländer ermutigen, ihre Anstrengungen im Bereich des Klimawandels zu verstärken.

Die EFBH ist der Ansicht, dass das Hauptziel eines jeden Vorschlags darin bestehen sollte, dass ein Importeur auf dem EU-Markt die gleichen CO₂-Kosten zu tragen hat wie ein einheimischer Hersteller in der EU. Daher sollte das EHS basieren auf:

- Fairness sowohl für EU- als auch für Nicht-EU-Produzenten
- Rückverfolgbarkeit und Transparenz von Import-/Exportprodukten
- Verhinderung der Verlagerung von CO₂-Emissionen und der importierten CO₂-Emissionen
- Kompatibilität mit den WTO-Vorschriften
- einer positiven Auswirkung auf das Klima

XI. Holz als Rohstoff

Holz spielt als Rohstoff eine wichtige Rolle. Es wird im Baugewerbe, für Möbel und viele andere Produktgruppen verwendet. Holz wird mit anderen Materialien wie Stahl, Glas oder Beton kombiniert. Ein Teil oder Teile von Bäumen werden in Hunderten von Anwendungen eingesetzt und wir finden sie in jeder Branche.

Die Qualität von Holz als Speicher für Treibhausgasemissionen ist unumstritten. Damit kommt dem Holz eine potenziell wichtige Rolle bei der Ökologisierung und Kreislaufwirtschaft unserer Wirtschaft zu. Vor diesem Hintergrund fordert die EFBH die Europäische Kommission auf, dem Holz im Europäischen Grünen Deal und im Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft den richtigen Platz einzuräumen.

Die Kaskadennutzung von Holz kann die Blaupause für andere Materialien und Produktionskreisläufe sein. Aus diesem Grund sollte das Handbuch der Europäischen Kommission über die Kaskadennutzung von Holz mehr Aufmerksamkeit auf Wartung und reparaturfähige Produkte richten. Recyclingprozesse sind oft energieintensiv.

Der EGD wird die Verwendung von Holz und Holzkomponenten in der Infrastruktur und im Wohnungsbau fördern. Neue Kombinationen und Techniken zur Kombination von Holz mit Beton oder anderen Arten von Material ist ein kontinuierlicher Prozess und eröffnet neue Wege zu einer nachhaltigeren Produktion. In den letzten Jahren haben wir viele Fortschritte bei der Verwendung von Holz und viele neue Anwendungen gesehen. Holzbauteile bilden heute die Basis für langlebige Dämmstoffe, Brettsperrholz dient für Konstruktionen, die eine extrem hohe Belastbarkeit erfordern, neue Holzprodukte mit wasserabweisenden Eigenschaften werden in Feuchträumen eingesetzt. Produkte auf Holzbasis können für Verpackungen verwendet werden, können synthetische Chemikalien ersetzen oder (wieder) in der Automobilindustrie eingesetzt werden.

Die EFBH fordert die Europäische Kommission auf, mehr Mittel aus Programmen wie dem Horizont-Programm zu mobilisieren, um die Forschung nach neuen Anwendungen von Holz und seinen Bestandteilen zu initiieren und zu unterstützen. Forschungscluster sollten besser unterstützt werden, insbesondere bei der Verbreitung und dem "Export" der damit verbundenen Forschungsergebnisse.

XII. Wälder und Waldbewirtschaftung

Die Forstwirtschaft spielt eine wichtige Rolle bei der Erfüllung der ökologischen, wirtschaftlichen, sozialen und klimatischen Bedürfnisse unserer Gesellschaften. Wälder sind sehr wichtig für die Erhaltung der biologischen Vielfalt der Natur und sie produzieren Sauerstoff. Die Wälder Europas haben heute einen klimaschützenden Effekt, der schätzungsweise 13% der gesamten Treibhausgasemissionen Europas ausmacht.

Der allgemeine Klimavorteil von Wäldern und geernteten Holzprodukten umfasst:

- Die Sequestrierung von CO₂ durch Waldwachstum auf der Grundlage nachhaltiger Waldbewirtschaftung;
- Der Kohlenstoffspeichereffekt von geernteten zirkulären Waldprodukten;
- Die Substitutionseffekte des Ersatzes kohlenstoffintensiver und fossiler Materialien und Brennstoffe durch Materialien aus Wäldern;
- Holz schützt das terrestrische Ökosystem.

Aufforstung und Wiederaufforstung haben weiterhin oberste Priorität und sollten durch EU-Programme unterstützt und koordiniert werden. Besondere Aufmerksamkeit sollte der Erhaltung und Verbesserung der Anpassungsfähigkeit der Wälder an den Klimawandel gewidmet werden. Die politischen Entscheidungsträger in der EU sollten der nachhaltigen Waldbewirtschaftung mehr Aufmerksamkeit widmen und in eine bessere Waldbrandverhütung investieren. Eine bessere Koordination, unterstützt durch angemessene finanzielle Mittel und mit Schwerpunkt auf Ausbildung, besserer Überwachung und besserer Verfügbarkeit von Ressourcen in Notfällen, ist erforderlich, um den wachsenden Trend zu größeren Waldbränden zu bekämpfen.

Um neue nachhaltige und multifunktionale Plantagenwälder zu entwickeln, sollten wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz der Holzversorgung durch gezielte Maßnahmen zur Erhaltung der Wälder und zur Bewahrung ihrer biologischen Vielfalt, ihrer Landschaft und ihrer sozialen Werte ergänzt werden.

Eine bessere Durchsetzung der EU-Holzverordnung ist notwendig, um gleiche Wettbewerbsbedingungen in der Wirtschaft zu schaffen. Die Sicherstellung der Legalität von Holz und Holzprodukten ist ebenfalls ein wichtiger Aspekt der Nachhaltigkeit in einem globalisierten Markt.

Wälder sind wahrscheinlich die beste Art und Weise, Land zu nutzen, aber auch Land zu produzieren. Obwohl die LULUCF-Verordnung (Verordnung über die Einbeziehung von Treibhausgasemissionen und den Abbau von Treibhausgasen durch Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft) in ihrer Struktur und ihren Auswirkungen umstritten ist, bietet sie einen rechtlichen Rahmen für den Schutz von Land. Wir sehen die Notwendigkeit, die Umsetzung der entsprechenden Maßnahmen zu verbessern und sie durchzusetzen. Auch die Landnutzung weist auf die Notwendigkeit hin, den Boden besser zu schützen. Die EFBH unterstützt Initiativen zum wirksameren Schutz unserer Böden und fordert die politischen Entscheidungsträger der EU auf, dieses Thema ganz oben auf die Tagesordnung zu setzen.

XIII. Wirtschaftliche Zukunft der ländlichen Gebiete

In den letzten Jahrzehnten haben ländliche und vorstädtische Gebiete einen Bevölkerungsrückgang erlebt. Gleichzeitig ist der Bedarf an mehr Einfamilienhäusern gestiegen. In dünn besiedelten Gebieten sind die Entwicklungskosten höher, zum Beispiel für Versorgungseinrichtungen und andere Infrastruktur (Wasser, Kanalisation, Elektrizität, Gas, Straßen). Bezogen auf freistehende Einfamilienhäuser betragen die Infrastrukturkosten pro Wohneinheit beim Reihnhaus nur 46%, bei Mehrfamilienhäusern nur 27%. Dieses Beispiel zeigt, dass diese Trends eine spezifische Raumplanungspolitik und eine nachhaltige, den lokalen Bedürfnissen angepasste Infrastrukturpolitik erfordern.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die wirtschaftliche Zukunft der ländlichen Gebiete. Menschen, die in peripheren Regionen leben, sollten Zugang zu menschenwürdigen Arbeitsplätzen haben. Die Sektoren Bau und Forstwirtschaft sind auf diese Herausforderung zugeschnitten. Sie bieten Arbeits- und Ausbildungsplätze in ländlichen, vorstädtischen und städtischen Gebieten, für kleine und mittlere Unternehmen und für ein breites Spektrum von Berufen und wirtschaftlichen Aktivitäten wie Baugewerbe, Steinbrüche, Forstwirtschaft, Sägewerke, Holzbearbeitung, Möbelherstellung und vieles mehr. Diese Sektoren spielen daher auch eine wesentliche Rolle bei der Erhaltung und Förderung dezentralisierter Wirtschaftsstrukturen.

Wir müssen unsere Sektoren für die Zukunft attraktiver machen, erfahrene Arbeitskräfte in den Sektoren halten und junge Menschen anziehen, als Grundlage für eine zirkuläre und biobasierte Wirtschaft. Um dies zu erreichen, sollte der Erforschung der virtuellen Kapazitäten kleinerer Regionen (NUTS3-Ebene) auf der Grundlage einer eingehenden Analyse der tatsächlichen Struktur der Arbeitskräfte und der wirtschaftlichen Aktivitäten, der Handelsbeziehungen und anderer Einflussparameter besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Darüber hinaus müssen neue innovative Produkte, Anwendungen, Produktkombinationen und Produktionsprozesse analysiert werden, um die Perspektiven einer Region abzubilden. Die EU-Kohäsionspolitik und die EU-Strukturfonds sollten sich stärker auf diese Aspekte der Wirtschaftstätigkeit konzentrieren. Die EFBH fordert die Europäische Kommission auf, bestehende Instrumente wie das Programm Horizont Europa und die Strukturfonds zu nutzen, um Wertschöpfungsketten wie den Holzcluster zu unterstützen. Die EFBH fordert alle europäischen Institutionen nachdrücklich auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, um alle europäischen Städte und Gemeinden in intelligente Lebens- und Arbeitsumgebungen zu verwandeln. Intelligente Städte können einen bedeutenden Beitrag zur Reduzierung von Treibhausgasen leisten und gleichzeitig das Wohlbefinden von Bürgern und Arbeitnehmern verbessern.

XIV. Intelligente Städte bauen und fördern

Die EFBH glaubt, dass die effektive Umsetzung des EGD auf lokaler Ebene erfolgen wird. Daher sollte jede Stadt und Gemeinde bei der Umsetzung des EGD in die Praxis die Führung übernehmen. Zusammenhalt und Ausgewogenheit zwischen ländlichen, vorstädtischen und städtischen Gebieten sind für die Zukunft unserer Gesellschaften von größter Bedeutung. Dies ist auch in den Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDG) festgelegt.

Die Reduzierung der Kohlenstoffemissionen ist eine große Herausforderung für lokale Städte und Gemeinden. In den kommenden Jahrzehnten werden alle Städte und Gemeinden ihre lokale Infrastruktur und Organisation grundlegend evaluieren und überdenken müssen. Um unsere Städte zu einem angenehmen Ort zum Leben und Arbeiten zu machen, müssen wir den öffentlichen Nahverkehr optimieren, sicheres Radfahren ermöglichen, das Wasser- und Abfallmanagement überprüfen, alle CO₂-intensiven Aktivitäten wie Heizung und Beleuchtung reduzieren, mehr Bäume pflanzen und mehr Parks anlegen.

Durch einen technologischen Ansatz können viele Städte und Gemeinden die Treibhausgasemissionen erheblich reduzieren und gleichzeitig die Lebens- und Arbeitsqualität ihrer Einwohner und Pendler verbessern. Der Einsatz von Technologie, wie z.B. intelligente Sensoren, intelligente Gebäude, LED-Beleuchtung, 5G-Kommunikation, innovative Materialien oder IKT, bietet unbegrenzte Vorteile, um unsere Klima- und Umweltherausforderungen anzugehen und greifbare Ergebnisse zu erzielen.

Die EFBH fordert alle europäischen Institutionen nachdrücklich auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, um alle europäischen Städte und Gemeinden in intelligente Lebens- und Arbeitsumgebungen zu verwandeln. Intelligente Städte können einen bedeutenden Beitrag zur Reduzierung von Treibhausgasen leisten und gleichzeitig das Wohlbefinden von Bürgern und Arbeitnehmern verbessern.